

POSTULAT VON KARL RUST, HANS PETER SCHLUMPF, WERNER VILLIGER
UND OTHMAR BIRRI

BETREFFEND REORGANISATION UND RECHTLICHE STELLUNG DES
STRASSENVERKEHRSAMTES DES KANTONS ZUG

VOM 20. MÄRZ 2006

Die Kantonsräte Karl Rust, Zug, Hans Peter Schlumpf, Steinhausen, Werner Villiger, Zug, und Othmar Birri, Zug, sowie 20 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 20. März 2006 folgendes **Postulat** eingereicht:

Der Regierungsrat wird dringend eingeladen, die sich im Gange befindlichen Arbeiten betreffend rechtlich/organisatorischer Reorganisation des Strassenverkehrsamtes des Kantons Zug so zu steuern, dass sie nicht im Widerspruch stehen zu den laufenden Pilotprojekten in Wirkungsorientierter Verwaltung nach Zuger Begriff (Pragma) und eine Reorganisation des Amtes auf jeden Fall so auszugestalten, dass die laufenden Erkenntnisse aus dem Pragma-Pilotprojekt damit nicht präjudiziert werden.

Begründung:

Die Postulanten sind sich bewusst, dass die Regierung resp. die zuständige Sicherheitsdirektion schon seit geraumer Zeit an einem Projekt zur Verselbständigung des Strassenverkehrsamtes des Kantons Zug arbeitet. Sie sind sich bewusst, dass die Erarbeitung einer diesbezüglichen Vorlage ans Parlament grundsätzlich Sache der Regierung ist.

Die Postulanten stellen aber gleichzeitig fest, dass das Parlament mit grosser Mehrheit und im Einklang mit der Regierung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung von Pilotprojekten in Wirkungsorientierter Verwaltung nach Zuger Begriff unter dem Projektnamen «Pragma» zugestimmt hat. Die für dieses Pilotprojekt ausgewählten Verwaltungsbereiche haben den fünfjährigen Pilotbetrieb mit Führung über Leistungsaufträge und Globalbudgets am 1. Januar 2005 aufgenommen. Ein weiteres Amt (AIO), wird den Pilotbetrieb am 1. Januar 2007 aufnehmen.

Im Zuge der Beratungen des Pragma-Projektes hat der Sicherheitsdirektor die Teilnahme des Strassenverkehrsamtes am Pilotbetrieb mit der Begründung abgelehnt, dass für dieses Amt an einer anderen Lösung gearbeitet werde. Anlässlich der Kantonsratssitzung vom 16. Dezember 2004 wünschte Kantonsrat Karl Rust im Rahmen der Budgetberatung pro 2005, dass das Strassenverkehrsamt ebenfalls ins Pragma-Pilotprojekt einbezogen werde, unter anderem wegen der Kontroverse um die Umwandlung von Aushilfestellen in feste Stellen. Der Sicherheitsdirektor gab damals zur

Antwort, dass vorgesehen sei, die rechtlichen Grundlagen für eine selbständig öffentlich-rechtliche Institution zu schaffen und noch innerhalb der laufenden Amtsperiode 2003 - 2006 dem Kantonsrat darüber Bericht und Antrag vorzulegen.

Die Postulanten bedauern heute, dass sie nicht bereits früher Schritte unternommen haben, um diese nicht im Einklang mit den Pragma-Bestrebungen stehende Entwicklung zu stoppen oder ihre Richtung zu beeinflussen.

Dass eine Neuorganisation des Strassenverkehrsamtes geboten ist, wird kaum bestritten. Eine völlige Privatisierung von Strassenverkehrsämtern, vor allem im Bereich der Fahrzeugprüfungen, ist wohl denkbar und wird auch vereinzelt angewendet. Für andere Aufgabenbereiche, etwa die Führerprüfungen, gibt es jedoch gute und sensible Gründe, diese beim Staat zu belassen. Unbestritten eine hoheitliche Staatsaufgabe ist die Erhebung von Motorfahrzeugsteuern.

Insgesamt gibt es heute kaum zwingende und politisch einleuchtende Gründe, den Bereich «Strassenverkehrsamt» von der politischen Mitbestimmung und Aufsicht abzukoppeln, wie es bei einer Umwandlung in eine selbständig öffentlich-rechtliche Anstalt der Fall wäre (vgl. etwa Gebäudeversicherung). Dies umso mehr, als mit der Wirkungsorientierten Verwaltung nach Zuger Begriff (Pragma) ein Instrument in Vorbereitung ist, welches die politische Aufsicht der Öffentlichkeit (durch das Parlament) beinhaltet und respektiert, aber gleichzeitig die erwünschte betriebswirtschaftliche Eigenverantwortung auf operativer Ebene innerhalb eines politisch vorgegebenen Rahmens gewährt.

Die Regierung bekennt sich dazu, den Pragma-Führungsansatz für die öffentliche Verwaltung ernsthaft und systematisch in der Praxis zu prüfen und bei positivem Ergebnis eine flächendeckende Einführung nicht auszuschliessen.

Es stellt sich daher aktuell die politische Frage, ob es sinnvoll und klug ist, in dieser Phase der Pragma-Pilotversuche für das Strassenverkehrsamt einen gänzlich anderen Führungsansatz in Betracht zu ziehen, nicht zuletzt deshalb, weil dieses Amt für den Pragma-Ansatz exemplarisch prädestiniert wäre (Fachleute in Wirkungsorientierter Verwaltungsführung nennen die Strassenverkehrsämter immer als Paradebeispiele für diesen Führungsansatz).

Zurzeit sind denn auch verschiedene Kantone daran, ihre Strassenverkehrsämter zu reorganisieren. Die Kantone Aargau, Schwyz, Solothurn, Thurgau und weitere sind daran, ihre Strassenverkehrsämter innerhalb der Staatsverwaltung zu belassen, künftig jedoch nach dem Prinzip von Leistungsauftrag und Globalbudgetierung (analog Pragma) zu führen und damit die verlangten Leistungen bedarfsgerecht, qualitätsbewusst und kostengünstig zu erbringen.

Zusammenfassend sind die Postulanten der Auffassung, dass es im Sinne der von Parlament und Regierung gemeinsam entwickelten und gegenwärtig versuchsweise umgesetzten neuen Verwaltungsführung nach Pragma-Grundsätzen (Hinweis auf Begleitkommission Pragma) nicht nur nicht sinnvoll, sondern geradezu falsch wäre, ohne übergreifendes Konzept für die künftige Organisation unserer Staatsführung allein für das Strassenverkehrsamt einen Organisations- und Führungsansatz zu

wählen und zu implementieren, der nicht nur grundlegend anders, sondern auch aus politischer Sicht fragwürdig ist und überdies im Hinblick auf eine mögliche künftige flächendeckende Einführung des Pragma-Modells ein unerwünschtes Präjudiz schaffen würde, das nicht so rasch wieder aus der Welt geschafft wäre. Dass die Führung der im Geschäft «Strassenverkehrsamt» federführenden Sicherheitsdirektion auf die neue Legislatur 2007 - 2010 hin wechseln wird, mag ein weiterer Grund sein, um nun nicht noch vor Ende der Legislatur vorschnell einen Richtungsentscheid zu zementieren.

Ein unnachgiebiges Festhalten am offenbar eingeschlagenen Weg «selbständig öffentlich-rechtliche Anstalt» für das Strassenverkehrsamt würde dem mit den Pragma-Pilotprojekten eingeführten Weg der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung in Fragen der künftigen strategischen und operativen Staatsführung widersprechen und würde von all jenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die sich ernsthaft mit der langfristigen Ausrichtung unserer Staatsführung und -verwaltung und den entsprechenden Projekten beschäftigen, nicht verstanden.

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner:

Aeschbacher Manuel, Cham
Balsiger Rudolf, Zug
Christen Hans, Zug
Grüning Markus, Unterägeri
Hächler Thiemo, Oberägeri
Häcki Felix, Zug
Hodel Andrea, Zug
Künzli Silvia, Baar
Lötscher Thomas, Neuheim
Meienberg Eugen, Steinhausen
Pezzatti Bruno, Menzingen
Rust Peter, Walchwil
Schleiss Stephan, Steinhausen
Schmid Heini, Baar
Stadlin Karin Julia, Risch
Stöckli Anton, Zug
Uebelhart Max, Baar
Villiger Beat, Baar
Walker Arthur, Unterägeri
Wicky Vreni, Zug